

An
Rufname Familienname
Mail-Adresse
Persönlich

Ort, Datum

Sachverhaltsdarstellung und Verhaltensbeschwerde gegen OBS

Werter Hr./Werte Fr. Familienname

Mit 1.1.2024 wurde die GIS in die OBS umbenannt und mit der Betreuung des nunmehr als „Haushaltsabgabe“ ausgestalteten neuen ORF-Beitrags beauftragt. Gleichzeitig wurde die OBS mit Landesgesetz als Abgabenbehörde für die Einhebung der Landesabgabe bestimmt.

Völliges Unverständnis habe ich, dass es die OBS bis dato nicht der Mühe wert findet, als mit hoheitlichen Aufgaben beliehenes Organ der Bundes- bzw Landesverwaltung die einschlägigen eindeutigen gesetzlichen Verfahrensvorschriften einzuhalten. Anstelle dessen versucht sie, mich und andere Beitragspflichtige durch **mutmaßlich rechtswidriges Verhalten einzuschüchtern** und unter **Vorspiegelung falscher rechtlicher Grundlagen** zu einer Zahlung wohl einer Nichtschuld zu drängen.

Folgende Schritte setzt die OBS bei der Einhebung des ORF-Beitrags und der Landesabgaben entgegen den verfahrensrechtlichen Vorgaben im ORF-Beitrags Gesetz und den entsprechenden Landesgesetzen:

- Ignorieren von Anträgen auf Bescheiderlassung ohne Reaktion auf den Erhalt des Schreibens
- Plötzliche Abbuchung von Beträgen ohne vorherige Zusendung einer Zahlungsaufforderung
- Verwendung einer Einzugsermächtigung, welche nur für den GIS-Beitrag erteilt wurde
- Abbuchung von Beträgen mit Einzugsermächtigung, die noch gegenüber der GIS widerrufen wurden
- Ausstellung weiterer Zahlungsaufforderungen nach Stellung eines Antrags auf Bescheiderlassung
- Versendung von Mahnungen anstelle von Zahlungsaufforderungen nach Rückbuchung des Betrags
- Vorschreibung von Säumniszuschlägen ohne vorherige Ausstellung von Zahlungsaufforderungen
- Bewusste Desinformation und Darlegung einer nicht haltbaren Rechtsansicht in den Informationen
- Einschüchterung von unwissenden Beitragspflichtigen durch Androhung von Zwangsmaßnahmen

Ich erwarte mir von Ihnen, dass Sie Ihren politischen Einfluss **SOFORT** einsetzen, damit der **Geschäftsführer der OBS** seiner Verpflichtung zur **Einhaltung der Gesetze unverzüglich nachkommt!**

Zudem müssen nun Menschen ORF-Beitrag bezahlen, die kein Interesse an den Programmen des ORF hatten/haben. Es wäre technisch ein Leichtes gewesen und auch ein geringerer Eingriff in das Recht auf Eigentum, die **alte Regelung beizubehalten, ergänzt um eine Bezahl-Schranke beim Internet-Zugang des ORF**. Es ist auch unverhältnismäßig, wenn **Radioteilnehmer** nun für dieselbe Leistung **doppelt so viel zahlen** müssen. Ich verwehre mich auch gegen die Darstellung, dass der ORF-Beitrag um die Hälfte gekürzt wurde, denn das **Programmengelt** wurde **lediglich um rund € 3** von € 18,59 auf € 15,30 **reduziert**.

Wahr ist vielmehr, der ORF erhält durch die massive Ausweitung der Beitragspflicht um ca. 600.000 Haushalte pro Jahr rund € 100 Mio. mehr – und das, obwohl er angeblich gleichzeitig zu einem deutlichen Einsparungsprogramm von € 325 Mio. bis 2026 angehalten ist!

Ich fordere eine **rasche Änderung des ORF-Beitrags Gesetz** im Sinne einer **Wahlfreiheit** und erwarte Ihre **Stellungnahme binnen 7 Tagen**. Ferner informiere ich Sie, dass ich Ihre **politische Haltung** in Bezug auf den neuen ORF-Beitrag und das Vorgehen der OBS **bei meiner Wahlentscheidung mitberücksichtige**.

Familienname Rufname

Adresse